

Politik

NACHRICHTEN

Weibliche Dienstgrade bei der Bundeswehr geplant

Das Verteidigungsministerium bereitet nach langem Zögern eine Einführung weiblicher Dienstgrade vor. Nach Unterlagen, die der Zeitung Die Welt vorliegen, wird Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU) am Dienstag kommender Woche ein entsprechender Vorschlag zur Entscheidung vorgelegt, nachdem Staatssekretär Gerd Hoofe sowie zwei Abteilungsleiter den Vorschlag abgesegnet haben. (dpa)

Union will Gesetzesänderung für digitale Parteitage

Die CDU/CSU-Fraktion hat einen Vorschlag zur Änderung des Parteiengesetzes vorgelegt, um zu nächst befristet bis Ende 2021 digitale Parteitage zu ermöglichen. Ein entsprechender Entwurf soll kommende Woche im Zuge der Beratungen des Wahlgesetzes im Innenausschuss behandelt werden, die Befassung im Bundesrat ist für den 9. Oktober geplant, wie der „Spiegel“ am Freitag berichtete. Die Änderung sieht demnach vor, dass Parteitage mit Abstimmungen über Sachthemen komplett digital stattfinden können. Bei Personenwahlen müsse die Abstimmung über die Person analog erfolgen. (dpa)

Razzia gegen mutmaßliche Gülen-Anhänger in der Türkei

Nach Razzien in mehreren türkischen Städten haben die Behörden am Freitag die Festnahme von 130 mutmaßlichen Unterstützern des islamischen Predigers Fethullah Gülen angeordnet. Zuvor seien am Donnerstag Haftbefehle gegen etwa 150 weitere Verdächtige ausgesprochen worden, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur Anadolu. Darunter befänden sich ehemalige und aktive Soldaten sowie Richter. Die Durchsuchungen fanden unter anderem in Istanbul und der Hauptstadt Ankara statt. Präsident Recep Tayyip Erdogan wirft dem in den USA lebenden Gülen vor, Drahtzieher des versuchten Staatsstreichs vor vier Jahren zu sein. (dpa)

Deutsches Marineschiff stoppt Tanker im Mittelmeer

Die deutsche Fregatte „Hamburg“ hat im Rahmen der EU-Mission zur Kontrolle des Waffenembargos gegen Libyen einen aus den Vereinigten Arabischen Emiraten kommenden Öltanker gestoppt. Die „MV Royal Diamond 7“ werde des Verstoßes gegen das von der Uno verhängte Embargo verdächtigt, teilte das Kommando der Marinemission „Irin“ am Donnerstag mit. Der unter der Flagge der Marshallinseln fahrende Tanker wurde den Angaben zufolge 150 Kilometer nördlich der libyschen Stadt Derna in internationalen Gewässern aufgehalten. Er war demnach auf dem Weg in das libysche Benghasi. (dpa)



Die „Royal Diamond 7“ soll auf dem Weg ins libysche Benghasi gewesen sein.

TONI SPANGENBERG UND
TOBIAS BRÜCK

Vor dem Hintergrund der humanitären Katastrophe infolge des Großbrands im griechischen Flüchtlingslager Moria fordert der deutsche Innenminister europäische Solidarität ein. Diese herzustellen sei eine „Herkulesaufgabe“, sagte Horst Seehofer (CSU) während einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Margaritis Schinas, dem stellvertretenden Vorsitzenden der EU-Kommission, am Freitag.

Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Katrin Göring-Eckardt, die am Donnerstag auf die griechische Insel Lesbos gereist war, weist jedoch darauf hin, dass sich 4000 Kinder auf Lesbos befinden, „die jetzt mit ihren Familien ohne alles auf der Straße leben.“

Tatsächlich will auch Seehofer Familien mit Kindern aufnehmen. Wie viele das sein werden, soll eine Delegation des Innenministeriums auf Lesbos klären. Eine konkrete Zahl wollte Seehofer am Freitag nicht nennen. Weiterhin lehnt er einen nationalen Alleingang Deutschlands ab. „Handelt Deutschland allein, können wir eine europäische Lösung zu den Akten legen. Ein isoliertes Handeln hat auch die Gefahr eines Pull-Effekts“, sagt der Innenminister. „Wir haben uns vorgenommen, dass sich 2015 nicht wiederholen darf, nicht wiederholen wird.“ Seit damals seien 1,73 Millionen Geflüchtete nach Deutschland gekommen, werktäglich nehme das Land 300 bis 400 neue Asylbewerber auf und nähere sich damit den Höchstzahlen der Vergangenheit.

Die Migration ist laut Seehofer ein globales Problem und kann daher nur international gelöst werden. Man dürfe nicht warten, bis alle 27 EU-Länder zur Aufnahme von Geflüchteten bereit seien. Die EU-Kommission werde am 30. September Vorschläge für ein gemeinsames europäisches Asylrecht vorlegen. Seehofer will die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dazu nutzen, dieses voranzutreiben.

Zuletzt forderten 16 CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Seehofer in einem Brief zur Aufnahme von

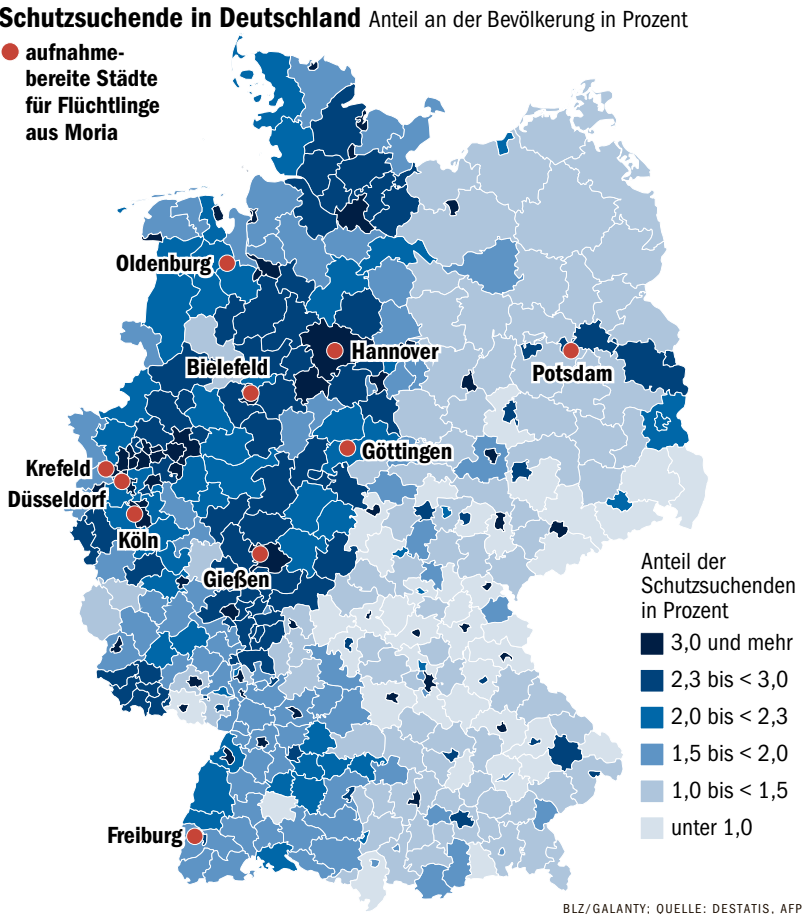
Nur ein kleiner Schritt

Die Aufnahme von Flüchtlingen aus Lesbos kommt nur nur schleppend voran



Nach dem Brand auf Lesbos ist der Bau eines neuen Flüchtlingslagers geplant.

AFP



Moria-Flüchtlinge

„Wir könnten leicht fünfzig Menschen aufnehmen“

Einhundertvierundsiebzig Städte und Gemeinden haben sich zum Bündnis Sichere Häfen zusammengeschlossen, die bereit sind, mehr Geflüchtete aufzunehmen. Nur 16 davon liegen in Ostdeutschland, und davon sind die meisten Großstädte. Eine Ausnahme ist das brandenburgische Neuruppin. Bürgermeister Jens-Peter Golde erklärt, warum auch die Provinz ein Ort für Toleranz sein sollte.

Herr Golde, zehn deutsche Oberbürgermeister haben sich in einem Brief an die Bundesregierung bereit erklärt, Flüchtlinge aus Moria aufzunehmen. Wäre Neuruppin denn auch dabei?

Ja, selbstverständlich. Wir haben nicht nur einen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27. April, die Neuruppin zum sicheren Hafen erklärt hat. Sondern wir haben auch Kapazitäten. Wir könnten unkompliziert und schnell Leute unterbringen – natürlich in Zusam-

menarbeit mit dem Landkreis. Genau genommen sind wir als Stadt ja gar nicht zuständig – wir fühlen uns aber verantwortlich.

Für wie viele Geflüchtete wäre Platz?

Wir haben in der Stadt eine neu-gebaute Flüchtlingsunterkunft. Auch unter Pandemiebedingungen könnten wir dort bis zu 50 Menschen aufnehmen.

Das wäre ja schon ein großer Teil der Menschen, die die Bundesregierung jetzt ins Land lassen will. Wie viele Geflüchtete leben denn derzeit in Ihrer Stadt?

Ich kann es nicht genau beziffern, aber die Höchstzahl lag bei rund 300. Bei mehr als 30.000 Einwohnern ergibt das nicht einmal ein Prozent. Und derzeit sind es auf jeden Fall weniger.

Dem Bündnis Sichere Häfen gehören viele ostdeutsche Großstädte an, aber nur zwei kleinere – darunter

Neuruppin. Wie ist es zu dieser Entscheidung gekommen?

Es war ein Antrag der Fraktion von Grünen und Kreisbauernverband und der Linken. Die Freien Wähler und die AfD waren dagegen, alle anderen Parteien dafür. Neuruppin war 303 Jahre lang Garnisonsstadt, bis 1990. Hier waren zu DDR-Zeiten 20.000 Rotarmisten stationiert und 10.000 Zivilkräfte. Wir hatten sehr viele Menschen aus Vietnam und Angola bei uns, die ihre Ausbildung in den Elektrophysikalischen Werken gemacht haben. Es ist für die Bevölkerung nichts Ungewohntes, wenn hier Fremde im Stadtbild zu sehen sind.

In anderen Städten war es ähnlich – trotzdem ist dort die Stimmung umgeschlagen. Was ist anders bei Ihnen?

Es ist eine Frage der Kommunikation. Ich weiß, dass die NPD ein Auge auf Neuruppin geworfen hatte. Aber hier hat die Zivilgesellschaft von Anfang an dagegenge-

5000 Flüchtlingen aus Moria auf – notfalls auch ohne Einigung mit anderen EU-Ländern. Zu den Unterzeichnern gehört unter anderem Außenpolitiker Norbert Röttgen, der sich um den CDU-Vorsitz bewirbt. Auch Ute Vogt, innenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, ist der Meinung, dass die europaweite Verteilung von 400 unbegleiteten Minderjährigen „ein erster guter Schritt, angesichts des Ausmaßes an Leid und Elend aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist“, wie sie der Berliner Zeitung sagt. Da fast alle Bundesländer und viele Kommunen zur Aufnahme von Geflüchteten bereit seien, fordert Vogt von Bundesinnenminister Seehofer, „jetzt seine Zustimmung dazu zu erteilen“.

Für den parlamentarischen Geschäftsführer der Linken, Jan Korte, ist die SPD, als Teil der Bundesregierung, mitverantwortlich für Seehofers Flüchtlingspolitik. „Das Handeln der Bundesregierung angesichts des Elends in der Hölle Moria ist erbärmlich“, sagte Korte der Berliner Zeitung. „Die Bundesregierung soll endlich aufhören, Bundesländer und Kommunen bei der Rettung von Menschen zu behindern.“ Verschiedene Städte und Länder hatten seit Monaten angeboten, Flüchtlinge aufzunehmen, wurden dabei aber bislang vom Innenministerium gebremst.

Das Auswärtige Amt teilte am Freitag mit, dass das Technische Hilfswerk nach Griechenland gereist ist und Hilfsgüter wie Zelte und Feldbetten nach Lesbos liefert. Es gehe darum, „die größte Not zu lindern“, wie Außenminister Heiko Maas (SPD) erklärt.

In Lesbos ist der Bau eines neuen Lagers geplant – in Kooperation mit der EU. „Moria existiert nicht mehr. Daher müssen die griechischen Behörden sehr schnell eine neue Einrichtung für die Identifizierung von Geflüchteten und die Durchführung von Asylverfahren schaffen“, sagt Margaritis Schinas. „Die EU ist nicht nur bereit, den Bau der Einrichtung zu finanzieren, sondern erwägt auch, sich aktiv beim Management dieser zu beteiligen.“ Schinas weist auch darauf hin, dass es in den letzten sechs Monaten gelungen sei, die Anzahl der Flüchtlinge in Moria von 25.000 zu halbieren.

halten. Wir haben eine gute Streitkultur in der Stadt entwickelt. Und wir haben uns gekümmert – es gibt mehrere Vereine und Initiativen, die sich besonders um Jugendliche und Familien kümmern. Ich selbst mache regelmäßig Radtouren um den See mit neu angekommenen Flüchtlingen oder wir kochen gemeinsam. Ganz einfache Dinge – und dann merkt man, dass das ganz normale Leute sind.

Was würden Sie Lokalpolitikern raten – warum kann es für eine Stadt gut sein, Flüchtlinge aufzunehmen?

Unsere Sportvereine freuen sich, wir haben gute neue Fußballspieler bekommen. Die Betriebe haben Praktikanten und Auszubildende gewonnen. Wir haben hier Fachkräftemangel, und wir sind eine alternde Stadt – da freut man sich, wenn man junge Gesichter sieht.

Das Gespräch führte Frederik Bom-bosch.

Schwesig ruft nach Hilfe vom Bund

Bekennnis zu Nord Stream 2 gefordert

Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) hat die Bundesregierung aufgefordert, sich zur Fertigstellung der Ostsee-Erdgasleitung Nord Stream 2 zu bekennen und amerikanische Sanktionsdrohungen zurückzuweisen. Unabhängig von der Debatte um die Vergiftung des Kreml-Kritikers Alexej Nawalny müsse die grundsätzliche Frage beantwortet werden, „ob Deutschland zulassen kann, dass die USA aus wirtschaftlichem Interesse Unternehmen und Arbeitsplätze in Deutschland bedrohen.“ Das sagte Schwesig am Freitag nach einem Besuch des Hafens in Mukran auf Rügen, der wichtiger Umschlagplatz für den Pipeline-Bau zwischen Russland und Deutschland ist und der sich auch Sanktionsdrohungen ausgesetzt sieht.

Die Antwort könne nur lauten, dass das nicht in Ordnung ist. Ein Wirtschaftskrieg dürfe nicht zugelassen werden, mahnte Schwesig. Kanzlerin Angela Merkel hat bislang ein Ende des Pipeline-Baus, der bereits zu 95 Prozent abgeschlossen ist, als Reaktion auf die Vergiftung Nawalyns offen gelassen. Sie habe sich noch kein abschließendes Urteil gebildet, hatte Merkel am Dienstag nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur in einer Sitzung der Unionsfraktion in Berlin gesagt.

Schwesig erneuerte ihre Forderung, den Fall Nawalny nicht gegen Nord Stream 2 auszuspielen. Der Giftanschlag müsse durch die russische Justiz konsequent aufgeklärt werden, doch gelte es auch, die Fertigstellung der Pipeline voranzutreiben. Sie rate davon ab, Sanktionen gegen Russland auszusprechen. „Diejenigen, die von Anfang an gegen diese Ostsee-Pipeline waren, nutzen jetzt dieses Verbrechen, um die Pipeline in Frage zu stellen“, richtete Schwesig indirekt Kritik an die Adresse einzelner CDU- und Grünen-Politiker.

Die Ostsee-Pipeline sei nicht nur im russischen Interesse. „Die Ostsee-Pipeline ist vor allem im Interesse von Deutschland und von Westeuropa. Denn wir wollen die Energiewende schaffen“, sagte Schwesig. Deutschland benötige das russische Erdgas, um die Energieversorgung auch nach Atom- und Kohleausstieg sicherzustellen. Nach den Worten Schwesigs geht es den USA nur darum, ihr Fracking-Gas zu exportieren. Das sei für Deutschland und Europa die ökonomisch und ökologisch schlechter Alternative.

Massive Sanktionsdrohungen der USA gegen Projektbeteiligte hatten Ende 2019 den Pipelinebau kurz vor dem Abschluss zum Erliegen gebracht. Nun sollen russische Verlegeschiffe die Arbeiten wieder aufnehmen. Für diesen Fall hatten drei US-Senatoren der Geschäftsführung und den Gesellschaftern – darunter auch das Land Mecklenburg-Vorpommern – des Hafens in Sassnitz-Mukran mit schwerwiegenden Sanktionen gedroht. (dpa)



Manuel Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern

DPA